



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 19. bis 25. Oktober 2023

In der vergangenen Woche brachten die polnischen Medien vorwiegend Reaktionen auf die Parlamentswahlen und Spekulationen über die zukünftige Regierung bzw. wen Präsident Andrzej Duda mit der Regierungsbildung beauftragen wird. Im Dienstag und Mittwoch führte der Präsident Gespräche mit Vertretern derjenigen Parteien, die in den Sejm eingezogen sind. Am Wochenende machte der frühere Chef des Zentralbüros für Korruptionsbekämpfung (CBA), Paweł Wojtunik bekannt, dass das CBA möglicherweise die Opposition abgehört habe. Am Mittwoch flog Donald Tusk (PO) nach Brüssel, um mit Ursula von der Leyen über die Freigabe von für Polen vorgesehenen Mitteln aus dem Landesaufbauplan zu sprechen. Ein weiteres beständiges Thema in den Medien sind die Herausforderungen, denen sich die neue Regierung stellen müssen.

Wer wird die Regierung bilden – Gespräche bei Präsident Duda

Am 24. und 25. Oktober fanden Gespräche bei Präsident Andrzej Duda (PiS) mit Vertretern aller Parteien statt, die in den Sejm eingezogen sind. Am Dienstag empfing der Präsident eine Delegation der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), bestehend aus Mateusz Morawiecki, Ryszard Terlecki und Rafał Bochenek, sowie der Bürgerkoalition (KO), bestehend aus Donald Tusk, Marcin Kierwiński, Barbara Nowacka, Adam Szałapka i Urszula Zielińska.

Vor Beginn der Konsultationen erklärten sowohl Recht und Gerechtigkeit als auch die demokratische Opposition ihre Bereitschaft zur Bildung der Regierung. Die Opposition beraumte eine Pressekonferenz an, bei der sie Donald Tusk zu ihrem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten erklärte.

PiS-Sprecher Rafał Bochenek fasste die Begegnung mit dem Präsidenten wie folgt zusammen: „Ein gutes, sachbezogenes Treffen zur Zukunft der polnischen Politik, zum Vorgehen bei der Bildung einer

Mehrheit, über die informellen Gespräche zur Mehrheitsbildung, aber auch zu den Herausforderungen und Prioritäten der vor uns liegenden Legislaturperiode.“¹

In einem Gespräch mit der *Gazeta Wyborcza* fasste ein ungenannter Politiker der Bürgerkoalition (KO) die Gespräche zwischen Präsidenten und KO so zusammen: „Es war eine höfliche Begegnung in angenehmer Atmosphäre. Der Herr Präsident fragte Donald Tusk, ob er für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren wolle, was dieser bejahte. Er stellte Fragen zur Sicherheitspolitik, unter anderem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Er sagte, er werde wie bisher für die Wahrung der Verfassung eintreten.“²

Auch Marcin Mastelarek, der neue Kanzleichef des Präsidenten, bewertete die Gespräche positiv. „Dem Präsidenten liegt gegenwärtig an Ruhe und Übereinstimmung. [...] Es handelt sich zweifellos um Politiker mit völlig unterschiedlichen Ansichten, sie haben unterschiedliche Visionen von Polen. Wenn es zu einer solchen Kohabitation kommen sollte, wird dies aus programmatischer Sicht nicht leicht und einfach sein. Aber ich kann zusichern, dass es dabei von Seiten des Präsidenten sachlich, ruhig und kultiviert zugehen wird.“³

Michał Szudrzyński verweist in der *Rzeczpospolita* auf die Uneindeutigkeit der Absichten Dudas. „Präsident Andrzej Duda hat anscheinend seinen guten Willen bekundet. Es stellt sich jedoch die Frage, worauf er damit hinaus will? Handelte es sich nur um Augenwischerei, weil der Präsident ohnehin beabsichtigt, jemanden von PiS mit der Regierungsbildung zu beauftragen? Oder stellte sich Andrzej Duda etwa gegen die Interessen seiner eigenen Partei und erkannte an, es werde das Beste sein, wenn der Kandidat der Opposition die neue Regierung bildet?“⁴

Am Mittwoch trafen sich Szymon Hołownia und Władysław Kosiniak-Kamysz vom Dritten Weg sowie Vertreter der Linken und der Konföderation mit dem Präsidenten. Nach der Begegnung waren die Politiker des Dritten Wegs optimistisch. „Wir sind in der Lage, die Parlamentsmehrheit, die Präsidien von Sejm und Senat zu stellen und den Ministerpräsidenten zu berufen. Wir versicherten dem Präsidenten, dass dies unsere unveränderliche Position ist und wir entschlossen sind, dies so schnell wie möglich umzusetzen“⁵ so Kosiniak-Kamysz (PSL). Sein Koalitionspartner Szymon Hołownia (Polska 2050) ergänzte: „Ich denke, das war ein gutes Gespräch, auch seitens des Herrn Präsidenten, und ich

¹<https://wyborcza.pl/7,75398,30335748,pis-juz-po-konsultacjach-w-sprawie-tworzenia-rzadu.html>

²<https://wyborcza.pl/7,75398,30334659,strona-demokratyczna-wydala-wspolne-oswiadczenie-nasz-czas.html>

³<https://i.pl/prezydent-podjal-juz-decyzje-marcin-mastalerek-tlumaczy-czy-andrzej-duda-wie-komu-powierzy-misje-sformulowania-rzadu/ar/c1-18013831>

⁴<https://www.rp.pl/komentarze/art39319161-michal-szuldrzynski-dlaczego-andrzej-duda-zaprosil-opozycje-na-konsultacje-polityczne>

⁵<https://i.pl/liderzy-trzeciej-drogi-po-konsultacjach-u-prezydenta-co-powiedzieli-andrzejowi-dudzie/ar/c1-18014405>

ließ verstehen, dass ich eine Kooperation und Gespräche über alle Polen betreffenden Sachverhalte mit der künftigen Regierung bevorzuge, der der Dritte Weg die Mehrheit garantiert.“⁶

Włodzimierz Czarzasty (Linke) beschrieb seine Eindrücke aus der Begegnung mit dem Staatsoberhaupt: „Bei dem Treffen haben wir nichts Neues erfahren. Jeder hat seine persönlichen Reaktionen darauf. Ich denke, der Präsident überzeugt sich immer klarer davon, dass die Opposition zur Zusammenarbeit imstande und geschlossen ist.“⁷

Hat das CBA die Opposition abgehört?

Letzten Samstag machte der vormalige Chef des Zentralbüros für Korruptionsbekämpfung (CBA), Paweł Wojtunik, im Fernsehsender TVN24 bekannt, er verfüge über Informationen, dass die Kandidaten der Opposition und insbesondere des Dritten Wegs vor den Wahlen illegal durch die Geheimdienste abgehört worden seien. Auf Sendung wandte sich Wojtunik in dieser Angelegenheit an Innenminister und Geheimdienstkoordinator Mariusz Kamiński. Wojtunik fragte, ob es wahr sei, dass „während einer Besprechung in Lucień [Gemeinde in der Wojewodschaft Masowien mit einer Dienststelle des CBA; A.d.Red.] zwei Tage vor den Wahlen die Entscheidungen fielen und Verfügungen und Anweisungen gegeben wurden, im Kontext der Parlamentswahlen in großer Menge die operative Kontrolle gegen Angehörige der Oppositionsparteien anzuwenden, mit besonderem Nachdruck auf eine der Parteien aus der Wahlkoalition?“⁸ Die auf diese Weise gewonnenen Informationen sollten an die PiS-nahen Medien weitergegeben werden, und PiS selbst sollte sie bei den Verhandlungen mit Oppositionsabgeordneten über die Bildung einer Koalition einsetzen.

Der Innenminister widersprach dem auf der Plattform X: „Genug der Lügen. Weder das CBA noch ein anderer mir unterstellter Nachrichtendienst hat die Opposition überwacht.“⁹

Janusz Kacmarek, früherer Generalstaatsanwalt und Innenminister, kommentierte dazu: „Der vormalige Chef des CBA stellt Fragen. Wie ich Paweł Wojtunik kenne, weiß er bereits die Antworten, will aber herausfinden, was die jetzige Leitung dazu zu sagen hat.“¹⁰

Der frühere stellvertretende Chef des Amts für Staatsschutz (UOP) und Sicherheitsexperte Piotr Niemczyk hat keinerlei Zweifel an der Glaubwürdigkeit Wojtuniks: „Was Wojtunik öffentlich gemacht hat, ist bestimmt glaubwürdig. Über Einzelheiten ließe sich gegebenenfalls diskutieren, oder darüber,

⁶<https://i.pl/liderzy-trzeciej-drogi-po-konsultacjach-u-prezydenta-co-powiedzieli-andrzejowi-dudzie/ar/c1-18014405>

⁷<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114883,30340103,zakonczyly-sie-konsultacje-andrzej-dudy-z-trzecia-droga-i-lewica.html>

⁸<https://tvn24.pl/polska/byly-szef-cba-pyta-ministra-kaminskiego-o-kontrolę-operacyjną-opozycji-komentarze-7403414>

⁹https://twitter.com/Kaminski_M_/status/1716417750917111897

¹⁰https://twitter.com/JKacmarek_/status/1715817782724485501

ob sich der Informant möglicherweise hat irreleiten lassen oder von sich aus etwas zugefügt hat. [...] meiner Meinung nach fiel die Entscheidung, sich einer solchen Rückversicherung zu bedienen, nicht zwei Tage vor den Wahlen, sondern viel früher, und die Besprechung in Lucień war nur eine von vielen, was nur noch schlechter von dieser Regierung spricht, weil das die systematische Abhörung von Oppositionspolitikern bedeutet.“¹¹

Am Montag kündigte der Innenminister an, diese Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft zu übergeben. Kamiński beschuldigt Wojtunik einer Straftat nach Artikel 212 Strafgesetzbuch, das heißt der Verleumdung; es handelt sich allerdings um eine gesetzliche Bestimmung zum Schutz der Rechte des Individuums, nicht einer Institution. Włodzimierz Wróbel, Richter am Obersten Gericht, schätzte bei *TVN24* die Stichhaltigkeit dieses Schritts ein: „Diese Rechtsvorschrift ist so formuliert, dass sie den Schluss zulässt, Institutionen könnten Klage auf Verleumdung einreichen. Aber, glauben Sie mir, in dem Augenblick, in dem Regierungsorgane beginnen, sich auf Artikel 212 zu berufen, um ihre Autorität und Ehre zu verteidigen, werden Verfassungsstandards sehr beträchtlich in Frage gestellt.“¹²

Bereits am Dienstag teilte die Bezirksstaatsanwaltschaft Warschau mit, dass sie ein Untersuchungsverfahren aufgrund der vom CBA gemachten Anzeige eingeleitet habe. Die Untersuchung bezieht sich nicht allein auf verleumderische Unterstellungen, wie von Kamiński angekündigt, sondern auch auf eine mögliche Straftat nach Artikel 235 Strafgesetzbuch „in Sachen heimtückischer Maßnahmen, um gegen den Chef des Zentralbüros für Korruptionsbekämpfung und seiner Stellvertreter ein Strafverfahren wegen Überschreitung ihrer amtlichen Befugnisse zu provozieren.“¹³ Praktisch heißt das, wegen Beweisfälschung gegen Wojtunik zu ermitteln. Dieser äußerte sich auf X zu dem Sachverhalt: „Bereits einen Tag nach der kuriosen Anzeige des CBA eröffnete die Staatsanwaltschaft gegen mich ein Verfahren aufgrund eines ganz anderen Artikels, nämlich 235 Strafgesetzbuch, das heißt wegen Beweismittelfälschung. Welches Tempo und welche politische Willfährigkeit und Dienstbarkeit!“¹⁴

Die vor der neuen Regierung stehenden Herausforderungen

Soziologen, Politologen und Publizisten sind noch damit beschäftigt, die Wahlen zu kommentieren, interessieren sich aber auch dafür, wie es mit der polnischen Demokratie in den nächsten Jahren weitergehen wird. Sie werfen einen Blick auf die Aktivitäten der abtretenden Regierung und der noch

¹¹<https://bydgoszcz.wyborcza.pl/bydgoszcz/7,48722,30333200,inwigilacja-opozycji-niemczyk-to-co-ujawnil-wojtunik-z-pewnoscia.html>

¹²<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30333745,szef-mswia-chce-scigac-wojtunika-z-art-212-kk-za-bardzo-sie.html>

¹³<https://tvn24.pl/polska/byly-szef-cba-pyta-o-podsluchiwanie-opozycji-prokuratura-wszczyna-postepowanie-wobec-pawla-wojtunika-7407118>

¹⁴<https://twitter.com/PawelWojtunik/status/1716861366688976997>

nicht inaugurierten Regierung. Sie zählen die Gefahren und die wichtigsten bevorstehenden Aufgaben auf.

Ernest Skalski beginnt in der *Gazeta Wyborcza* mit den Finanzproblemen. Er rät der demokratischen Opposition, die in den Startlöchern steht, um die Regierung zu übernehmen: „Es wäre gut, wenn die erste konkrete Maßnahme der neuen Regierung es wäre, eine Kommission mit der Aufgabe einzurichten, eine Bilanz der acht Jahre PiS-Regierung zu ziehen. Vor allem ist die wirkliche Lage der öffentlichen Finanzen zu beleuchten, soweit sie sich außerhalb des offiziellen Staatshaushalts befinden. Die Nation muss erfahren, wie PiS uns und unsere Nachfahren verschuldet hat.“¹⁵ Ferner verweist er auf die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, die Notwendigkeit, PiS-Politiker zur Verantwortung zu ziehen, und die Durchleuchtung und Verschlinkung der Staatsbetriebe.

Gleichfalls in der *Gazeta Wyborcza* ermahnt Wojciech Maziarski die demokratische Opposition und erinnert daran, dass in einem halben Jahr die polnischen Lokal- und Regionalwahlen stattfinden und gleich danach die Wahlen zum Europaparlament. Den frisch gekürten Siegern rät er: „Schon jetzt, da der Präsident sich daran macht, einem Vertreter von PiS die hoffnungslose Aufgabe der Regierungsbildung anzuvertrauen, sollte die neue Regierung, solange sie noch Opposition ist, für Moral in ihrem Lager sorgen und Effizienz demonstrieren. Sie sollte Tag für Tag den Bürgern vom neuen Polen und der wiedergeborenen Demokratie erzählen. Sie sollte nicht nur die abtretende Regierung kritisieren und ankündigen, eine Kommission zur Untersuchung der Nachrichtendienste Kamińskis und Wąsiks [Maciej Wąsik, vormaliger stellvertretender Chef des CBA und Sejmabgeordneter, seit 2015 Sekretär des Kollegiums für die Nachrichtendienste und seit 2019 Staatssekretär im Innenministerium; A.d.Ü.], einzurichten wegen ihrer kriminellen Überwachungsmaßnahmen (das natürlich auch), sondern sie sollte vor allem den Bürgern zeigen, wie sich ihr Leben verändern wird.“¹⁶

Konrad Sadurski schaut sich in *Newsweek* näher den nächstjährigen Staatshaushalt an, der noch von der PiS-Regierung erstellt wurde. „Viele Ökonomen sagen voraus, dass die neue Regierung im Verlauf des Jahres 2024 das Budget wird novellieren müssen, denn es gibt viele Schuldenfallen in dem Entwurf dafür. Das nächstjährige Wirtschaftswachstum und die Mehrwertsteuereinnahmen werden sicher niedriger ausfallen, als vom Kabinett Morawiecki angenommen. Sie hinterlassen ihren Nachfolgern auch das Dilemma, wie mit der Wiedereinführung einer höheren Mehrwertsteuer auf Lebensmittel zu verfahren ist; PiS verneinte, dies tun zu wollen, hat jedoch im Budget eine Erhöhung vorgesehen. Die neue Regierung wird von der abtretenden Regierung praktisch an den Pranger gestellt: Seht her, kaum

¹⁵<https://wyborcza.pl/7,75968,30317799,co-warto-zrobic-na-przednowku-zanim-zmienimy-wladze.html>

¹⁶<https://wyborcza.pl/7,75968,30330028,opozycjo-juz-przestajesz-byc-opozycja-wiec-zmien-narracje.html>

haben sie angefangen, und schon erhöhen sie die Lebensmittelpreise. Und noch dazu haben sie nichts für die Zuzahlungen zu Heiz- und Stromkosten.“¹⁷

Donald Tusk spricht in Brüssel über den Landesaufbauplan

Wie vor den Wahlen versprochen, begab sich Donald Tusk (KO) am Mittwoch, den 25. Oktober, nach Brüssel, um sich mit der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola zu treffen und die Freigabe von Mitteln für den Landesaufbauplan (KPO) zu verhandeln.

Die *Rzeczpospolita* berichtet: „Wie aus unseren inoffiziellen Informationen hervorgeht, sind die Gespräche darüber bereits im Gange, und es mangelt nicht an Ideen, wie der Strom der 57 Milliarden Euro effizient in Bewegung gesetzt werden kann.“¹⁸ Auch verweist das Blatt auf die Hindernisse, die sich der Auszahlung der EU-Milliarden in den Weg stellen könnten; sollte Andrzej Duda PiS mit der Regierungsbildung beauftragen, würde das verzögern, dass die Opposition aktiv werden kann, und zugleich bestünde ein hohes Risiko, dass die Europäische Kommission bei ihrer Entscheidungsfindung die gesetzten Termine nicht einhalten kann. Bis zum 21. November muss die neue Regierung die Europäische Kommission bitten, die „Meilensteine“ für Polen zu ändern, so dass das Land noch eine realistische Chance auf die Transferleistungen hat. Die bisherigen Bedingungen wurden nicht vollständig erfüllt, weil Präsident Duda eine Novellierung des Gesetzes über das Oberste Gericht an das Verfassungsgericht gegeben hat, wo sie steckengeblieben ist. „Die neue Regierung muss daher dasselbe Ziel, nämlich die Reform der Disziplinarverfahren gegen Richter, auf anderem Wege erreichen. Aus Informationen der *Rzeczpospolita* geht hervor, dass sich das machen lässt, wenn sich die neue Regierung mit der Europäischen Kommission über die Änderung der ‚Meilensteine‘ verständigen kann. Eine EU-Richtlinie ermöglicht das für den Fall einer Aktualisierung des KPO.“¹⁹

Der von *Newsweek* zitierte Michał Wawrykiewicz von „Wolne Sądy“ [Freie Gerichte, seit 2017 bzw. 2020 tätige Nichtregierungsorganisation und Stiftung, welche die Rechtsstaatlichkeit in Polen wiederherstellen will; A.d.Ü.], der mit Vertretern der EU-Kommission über die Gelder aus dem Landesaufbauplan sprach, sieht ein Licht am Ende des Tunnels: „Seine Gesprächspartner in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament sind sich der Paradoxie der gegenwärtigen Situation in Polen bewusst. Wir haben eine neue Parlamentsmehrheit, die sicher in Kürze eine pro-europäische Regierung bilden und zur Unabhängigkeit des Gerichtswesens im Land zurückkehren will.

¹⁷<https://www.newsweek.pl/biznes/jakie-pulapki-pis-zastawil-na-nowy-rzad-by-ich-uniknac-potrzeba-cudu-nad-wisla/kx6bm13>

¹⁸<https://www.rp.pl/fundusze-europejskie/art39319431-donald-tusk-jedzie-do-brukseli-rozmawiac-o-kpo-jest-jednak-duzy-problem>

¹⁹<https://www.rp.pl/fundusze-europejskie/art39319431-donald-tusk-jedzie-do-brukseli-rozmawiac-o-kpo-jest-jednak-duzy-problem>

Andererseits haben wir einen Präsidenten, der die Erfüllung der Meilensteine blockieren kann, von denen die Auszahlung der KPO-Mittel abhängt.“²⁰

Schon in Brüssel angelangt, betonte Tusk: „Ich bin hier natürlich immer noch als Oppositionsführer, nicht als Ministerpräsident, aber die Zeit verstreicht unbarmherzig. Ich musste die Initiative ergreifen, noch bevor die endgültigen Entscheidungen nach den Wahlen getroffen werden, weil alle, selbst ungewöhnliche Methoden eingesetzt werden müssen, um das Geld zu retten, das Polen zusteht und das sowohl aus den normalen europäischen Transfermitteln stammt wie aus dem Aufbaufonds, dem sogenannten KPO.“²¹

Nach den Gesprächen zeigte er sich überzeugt: „Wir können ganz gewiss, so wie die abtretende Regierung in Polen, auf eine sehr weitreichende Flexibilität seitens der europäischen Institutionen rechnen. [...] Ich weiß das direkt von den Regierungschefs und Präsidenten: Alle drücken ausnahmslos die Daumen dafür, dass Polen diese Mittel so schnell wie möglich erhält [...] und ich kann sagen, dass Polen sicher weiterhin auf diese maximale Bereitschaft und Flexibilität zählen kann.“²²

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

²⁰<https://www.newsweek.pl/biznes/donald-tusk-jedzie-do-brukseli-tak-wyglada-droga-do-odblokowania-kpo/qk9pxst>

²¹<https://i.pl/trwa-spotkanie-donalda-tuska-z-przewodniczaca-komisji-europejskiej-ursula-von-der-leyen-w-jakim-celu-lider-po-udal-sie-do/ar/c1-18014537>

²²<https://wpolityce.pl/polityka/668203-krotkie-spotkanie-tuska-z-szefowa-ke>